



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Der Reichshilfsarbeiterlohn verlängert.

Die Verzögerungen über den Reichshilfsarbeiterlohn sind am 12. Februar im Reichsarbeitsministerium zum Abschluß gekommen. Nachdem noch einmal vergeblich versucht wurde, ohne Schiedsgericht eine Verständigung herbeizuführen, mußte das Schiedsverfahren eingeleitet werden. Nach kurzer, unglücklicher Verhandlung im Schiedsgericht, in der über Ferien, Geltungsbereich, Kündigung eine Einigung erzielt wurde, kam es über die Lohnfestsetzungen zu einem Spruch. Es wurde beschlossen, daß der Tarif bis zum 31. Mai 1924 in Kraft bleibt und er vier Wochen vor Ablauf schriftlich geändert werden muß, sonst läuft er stets mit gleicher Gültigkeitsfrist drei Monate weiter. Der Tariflohn beträgt für männliche Hilfsarbeiter bis zu 24 Jahren 75 Proz. des Gehaltenslohn der entsprechenden Altersklasse, für Hilfsarbeiter über 24 Jahre 80 Proz. Für weibliche Arbeiterinnen 85 Proz. des Tariflohnes für ledige Gehilfen, für sonstige Hilfsarbeiterinnen 45 Proz. des Gehaltenslohn. In den Städten Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München und Stuttgart bleibt der bisherige Tariflohn bestehen. Es wurde vereinbart, daß die Bestimmungen des Bundesgesetzes zu den nicht für Hilfsarbeiter geänderten Paragrafen im Einklang übereinstimmen werden sollen. Der genaue Wortlaut der Änderungen des Reichsarbeitslohn sowie der Schiedsspruch wird in der nächsten Nummer der „Solidarität“ bekanntgegeben.

### Patrioten.

Schwere und hartnäckige Kämpfe hat die Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum besonders seit der Einführung einer festen Währung zu führen. Dieser Zustand ist nicht neu, in mehr oder minder starkem Ausmaße bestand er stets und wird er bestehen bleiben, so lange uns die gottgewollte Welt- und Wirtschaftsunordnung beschieden ist. Erst mit deren Beseitigung, wozu die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter mittelbar beitragen, werden alle im Proletariat ruhenden Kräfte für andere kulturelle Arbeiten frei werden, die jetzt im harten Kampf um Lohn und Brot fast ganz in den Hintergrund getreten sind. Wer gehofft hatte, daß bei einer stabilen Preis- und Lohnperiode die Lebensbedingungen für die Arbeiter sich bessern würden, sieht sich arg getäuscht. Wohl könnte heute bei ausreichender Entlohnung der Arbeiterschaft manches gutgemacht werden, was Kriegs- und Nachkriegszeit an ihr verschuldet hat, wohl wäre es möglich, jetzt die notwendigen Ergänzungen für Schäden, die in jenen Zeiten entstanden sind, vorzunehmen, wenn etwa das Unternehmertum eine günstige Gelegenheit für Bereicherung und Vergrößerung des Profits nicht gekommen läse. Warum das so ist, wissen wir, und daß es so nicht bleiben muß, ist auch jedem klar.

Bei der Auswahl ihrer Mittel, die die Unternehmer gegen die Arbeiter anwenden, sind sie nicht bescheiden. Bescheidenheit ist überhaupt eine der Eigenschaften, die man vergeblich bei dieser Gesellschaftsklasse suchen würde. Wer ihre Zeitungen liest und ihre Reden hört, merkt sofort am Ton, was sie sind und sein wollen. Bei dem ungeheuren Einfluß, den das Kapital besitzt, wird es ihnen auch nicht schwer, sich eine überragende Stellung im Wirtschaftsleben zu verschaffen, die sie weidlich gegen die Arbeiterschaft ausnützen. Ihre Worte und Behauptungen werden von einem großen Teil urteilsloser Mitbürger als laute Wahrheit entgegengenommen, und es ist daher der Arbeiterschaft äußerst schwer, ja manchmal unmöglich, Verdrehungen und Verdächtigungen der Unternehmer gebührend und für alle vornehmbar zurückzuweisen. Nicht alle, die die Unternehmerveltwillig schimpfen, vernennen unsere Entgegnungen, da sie meist nur die von den Unternehmern ausgeschalteten Zeitungen lesen. Das weiß man in den Kreisen der Industriellen und daher ihre Dreistigkeit.

In allen Unternehmertreuen gibt man vor, die Maßnahmen zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Verkürzung nur im Interesse und zur Hebung der deutschen Wirtschaft getroffen zu haben. Aus vaterländischem Pflichtgefühl heraus müßten die Arbeiter zur Anerkennung dieser Forderungen gezwungen werden. Was man von diesem Patriotismus zu

halten hat, der so nebenbei den Unternehmern bedauernde Vorteile bringt, ist hinlänglich bekannt. Aus der Not des deutschen Volkes, die mit der Ruhrbesetzung und ihren Begleiterscheinungen und Folgen eine nie dagewesene Höhe erklommen, hat man während der Inflation und nachher nicht schlechte Geschäfte gemacht. Wohl sind die Arbeiter vollständig verelendet, aber kein Unternehmer ist dabei arm geworden. Beim Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet hat man die Arbeiterkraft zur Verteidigung des Vaterlandes aufgerufen, ihr größte Entbehrungen zugemutet, um sie jetzt, da man mit dem „Erbfeind“ einig ist, nach Verdienst zu belohnen. Wie es mit dem Dank bestellt ist, zeigen die erbitterten Kämpfe im Industriegebiet, wo die Arbeiter ausgehungert werden sollen, damit sie gesügigt werden. Schonungslos verfährt man mit den Arbeitern, die während des Ruhrkampfes für deutsche Arbeit und freies Selbstbestimmungsrecht in vorderster Reihe gestanden haben. Greifen wir einen Fall heraus, der typisch für die von den Unternehmern beliebte Art ist.

Als im Januar vergangenen Jahres die Franzosen einzelne Werke des Industriegebietes besetzten und Direktion und Belegschaft sich weigerten, unter französischen Bajonetten zu arbeiten, kam es zu Verhaftungen von Direktoren, auch der Werke von Thyssen. Abordnungen der Arbeiter und Angestellten protestierten dagegen und verlangten von dem französischen Gewerkschaftler die sofortige Freilassung. Die erklärten, nur den Abordnungen der Reichsregierung und der Werksleitungen folgen zu wollen, machten auch auf Not und Elend aufmerksam, das für sie und ihre Familien durch Verhaftung ihres obersten Chefs, Herrn Fritz Thyssen, erwachsen könnte. Herr Thyssen dankte öffentlich seinen Kameraden - Arbeitern, Angestellten und Werksleitern - . Er meinte, wir „sehen alle für un'ere gemeinsame deutsche Sache und deutsche Art; wir wollen keine großen Worte machen, aber wir werden fest bleiben und treu“.

Große Worte hat Herr Fritz Thyssen auch nachher nicht gemacht, als Ende November verhaftet wurde, die verlängerte Schichtzeit einzuführen. Auf der Gewerkschaft Friedrich Thyssen wurden sämtliche Arbeiter ausgesperrt und nach einigen Tagen unterbreitete ihnen der Vertreter des Thyssen-Konzerns die Bedingungen, unter denen sie wieder zur Arbeit zugelassen werden sollten. Schichtzeit unter Tage acht Stunden, über Tage 12 Stunden einschließlich zwei Stunden Pause, Durchschnittslohn 4 Mk. je Schicht.

Nun haben die Arbeiter ihren Dank und wissen, was ihnen blüht, wenn sie in harten Zeiten für die großen Herren einstehen. Damit hat sich aber dieser Großindustrielle noch nicht erschöpft. Er dehnt seine Danksäuerungen nicht nur auf „seine“ Arbeiter aus, sondern bemüht sich, der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu zeigen, wie er sie einschätzt und was sie ihm wert ist. In einer großen Pariser Zeitung hat er sein Werturteil über sie und die deutsche Republik abgegeben. Er äußerte sich zu einem französischen Journalisten, der die Unterredung im „Journal des Débats“ wiedergegeben hat:

„Die Hauptfrage war folgende: Unser Volk muß mehr denn je arbeiten, um sich zu befreien. Es war aber einer der schwersten Fehler des republikanischen Regimes, welches den Versailles Vertrag unterzeichnet hat, dessen Ausführung eine erdrückende Arbeit in Deutschland zur Voraussetzung hat, den Arbeitern nicht zu sagen, daß Arbeit gebieterischer denn je eine nationale Pflicht sei.“

Da wissen wir es wieder einmal, daß die faulen Arbeiter an allem Unglück zuerst schuld sind und ihre Vertreter in der Regierung sie eigentlich dazu angehalten haben, sich auf die Bärenhaut zu legen und den armen Unternehmern die schwere Last der Nachkriegszeit überlassen haben. Die Arbeiterschaft hat ja auch goldene stille Zeiten von 1919 ab erlebt und immer gute Tage gehabt. Das mußte sich nach Fritz Thyssen bitter rächen, wie er den Franzosen erzählt. In Frankreich nämlich, dem eine demokratische, eine sozialistische Regierung sehr erwünscht gewesen

sei, hat man vergessen, „daß eine solche junge und schwache Regierung naturlichermaßen zunächst der Menge schmeicheln mußte und dieserhalb das Volk zu nicht allzugroßen Arbeitsanstrengungen auffordern durfte.“ Nachdem Herr Thyssen dann dem französischen Ausleger versichert hat, daß die deutsche Republik mit der französischen keine Ähnlichkeit habe, legt er weiter: „Aber bei uns bedeutet die Demokratie gar nichts. Sie stößt niemand Vertrauen ein.“ Die Franzosen sollen sich nicht darüber wundern, daß die bisherigen Regierungen „alles unterzeichnet und nichts gehalten haben“. Zum Schluß behauptet dann dieser große Patriot, daß zur Regelung der Kriegsreparationen eine Rechtsregierung vorzuziehen gewesen wäre, weil sie viele Opfer von allen erreicht und Prestige und Vertrauen gewonnen hätte.

Ob jemand noch imstande ist, diese Verunsicherungen der deutschen Arbeiterschaft und der Republik zu übersehen? Wohl schwerlich. So dreist werden die Franzosen kaum noch von jemand angeschuldigt werden können. Wie eine Rechtsregierung die Reparationsfrage gelöst hat, haben wir unter der Cuno-Regierung gesehen, die den Industriellen die glänzenden Ruhrkredite gegeben hat, während die Arbeiter im Elend untergegangen sind. Der Zweck dieser Verdächtigungen ist klar: Die Schwerindustriellen, die stets einer Verständigung entgegenstanden, sie sogar sabotiert haben, wollen sich ins gute Licht setzen, um mit ihren Brüdern jenseits der Grenze ins Geschäft zu kommen, dessen Kosten die Arbeiter zu tragen haben. Die Arbeiterschaft wird sich für solche Verständigungspolitikern bestens bedanken.

Im übrigen sind diese Zierden der deutschen Nation auch im Ausland schon richtig erkannt. Man weiß dort, was man von diesen Industriemagnaten zu halten hat. In der „Times“ werden sie anlässlich der Arbeiten der Sachverständigenausschüsse in Berlin richtig gezeichnet. Des Verhaltens der deutschen amfischen Stellen sei absolut korrekt und entgegenkommend gewesen, aber die Haltung der Schwerindustrie gegenüber der Sachverständigenkommission habe auf die amerikanischen Vertreter geradezu niederschmetternd gewirkt. „Sie waren nach Berlin in aufrichtigem Geiste und mit dem Gefühl gekommen, daß sie, trotz ihrer Eigenschaft als Neutrale in Vergleich zu den sonstigen Alliierten, die Möglichkeit haben würden, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die bisher einer Lösung des Reparationsproblems entgegenstanden. Sie fanden jedoch bald, daß die Schwerindustrie sich in vielen Dingen ihren Plänen zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen entgegenstellte; daß die Schwerindustrie alles in allem die Untersuchung durch ausländische Sachverständige als eine dreifache Einmischung betrachtete, und daß manche Vertreter der Schwerindustrie von demselben Geiste unverföhnlicher Gegnerschaft gegen die Alliierten erfüllt waren, den Herr Starnes in den Verhandlungen von Spa gezeigt hatte. Es war für sie eine Offenbarung.“

Deutschen Arbeitern kommen die Auslassungen nicht überraschend. Sie haben immer gewußt, was es mit dem Patriotismus dieser Großverdiener auf sich hat. Jeder einzelne von uns wird dann beitragen müssen, daß sie bald von dem gelandeten deutschen Volk richtig erkannt werden. Dann wird auch die vom „Vorwärts“ gestellte Frage: „Wie lange noch wird sich das deutsche Volk den Zynismus und die Frechheit dieser politischen Hochstapler der Schwerindustrie gefallen lassen?“ ihre Antwort finden.

### Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Wenn in einem Lande Arbeitslosigkeit herrscht, so ist die größte Sorge, wie man die Arbeitslosen beschäftigt, wie neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können. Die übertragene Rolle des Kreditwesens bei der Bekämpfung dieser schwierigen Fragen wurde neben den anderen mannigfaltigen Faktoren politischer und wirtschaftlicher Natur bisher kaum genug beachtet und dementsprechend betont.

Wenden wir uns zunächst der Frage der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu, die gewissermaßen die brennendste wirtschaftliche, soziale und menschliche Problem

der Welt darstellt. Der furchterlichen deutschen Arbeitslosigkeit wurde bisher in keiner Weise entgegengecarbeitet. Die Arbeitslosen erlitten Unterdrückungen, die ihnen zum Leben im Lande zum Entzweien zu viel sind. Der finanzielle Ruin ist für die unteren Schichten infolge der ungeheuren Kosten der Unterhaltungen trotzdem sehr beträchtlich. Notstandsarbeiten d. h. Annehmen usw. werden nur spärlich und unter Arbeitsbedingungen, die vielfach unerträglich sind, ausführt. Würde es aber trotz der Erpressungswirtschaft und der Hindernisse der Rechtschaffenheit keine Arbeitsbeschäftigung für die deutsche Wirtschaft geben? Dies ist ein zweites Problem. Wir möchten nur an die Denkmäler des 19. Jahrhunderts erinnern, wo eine große Anzahl durchführbarer produktiver Arbeitsgelegenheiten aufgebracht und ausführlich behandelt wurden. Diese Liste ließe sich leicht vermehren. Sowohl in Deutschland wie im Ausland ist ein Bedarf an Waren vorhanden und es ist noch genug Naturkräfte, die mit Nutzen ausbeutet werden können. Was hierzu nötig wäre, ist einzig und allein Kredit. Unternehmer, Arbeitskräfte, Arbeitsmittel sind vorhanden. Wer soll aber den Kredit geben. Der Staat kann es aus eigener Machtvollkommenheit nicht. Er hat sich die Hände gebunden und sich des Rechtes, die Notenpresse zu benutzen, beraubt. Die Reichsbank gewährt den Amerikanern neuen Papiermarkkredit in Form von Kuponanleihen im Rahmen bis 1200 Millionen Rentenmark, muß aber bezüglich der letzteren die Befehle der Reichsbank entgegennehmen, deren Leiter führende Großkapitalisten sind und für die Vertretung des Gemeinwohls kein Gewissen haben. Durch diese Kredite entsteht Inflation. Dies wäre an sich kein Übel, indem die Kredite für produktive Zwecke, die einen raschen Ertrag bringen, verwendet würden. In diesem Fall würden die ausbeutenden Kapitalisten bald zurückgeblieben werden und wieder eine Verschlechterung der Löhne nach einer allgemeinen Erhöhung der Preise eintreten. Für Deutschland trifft dies infolgedessen weniger zu, als die in Rede stehenden Arbeitsgelegenheiten weniger in den späteren Jahren Erträge bringen würden. Arbeitskräfte haben wir nicht ungenügend, wie die Inflation nicht notwendig preissteigernd wirken muß. In den letzten Monaten, vornehmlich war die Geldinflation, trotz der Milliarden- und Billionenziffern, in Goldmark recht geringfügig. Trotzdem stiegen die Preise (in Dollars) um das Doppelte bis Dreifache der Friedenshöhe. Warum? Weil kein Vertrauen mehr für die Papiermark vorhanden war. Jeder suchte sich seiner Papiermarkvorräte mit rasender Eile zu entledigen — die Umlaufgeschwindigkeit war enorm hoch — und die Verkäufer berechneten große Entwertungsschläge. In den späteren Monaten kam eine sehr wesentliche Inflation hinzu: die Rentenmark, die gleichwertig Goldmark verwendet wird, bedeutete, in Gold ausgedrückt, eine riesige Zunahme der Zahlungsmittel (das Mehrhundertfache der Papiermarkbeträge Mitte November). Trotzdem sind die Preise gesunken. Warum? Weil das Vertrauen in das Geld herabsank und deshalb seine Umlaufgeschwindigkeit sehr wesentlich geringer wurde. Man schätzte jetzt das Geld auch für längere Zeit. Würde nun durch die Kredite der Reichsbank die Arbeitslosigkeit sinken und die Produktion steigen, so würde in dieser Atmosphäre das Vertrauen zum Geld noch größer, seine Umlaufgeschwindigkeit noch feiner. Satt für Arbeitslosenunterstützung Aufwendungen zu machen, könnte man an den Staat Sozialversicherungen (und aus den Erträgen der neuen Arbeit auch andere Steuern, Umsatzsteuern usw.) abführen und ihm zur Sanierung seines Budgets helfen.

Nach diesem notwendigen Exkurs müssen wir der Kreditfrage gedenken, die gegenwärtig — da der Kredit die Schöpfung seitens der Reichsbank wegen der Inflation mit oder ohne Grund Bedenken und Hindernisse entgegensteht — zur Verfügung steht, des privaten Kapitalmarktes, wo ohne auf der Zentralbank zurückzugreifen, also ohne „essentielle“ Kreditbeschaffung nur aus den vorhandenen Wirtschaftsmitteln Kredit gewährt wird. Dieser Kapitalmarkt wird aber von den Banken beherrscht.

Ein Bankier aus Hamburg schrieb kürzlich in der „Frankfurter Zeitung“: „Der Ruf nach Hebung der Produktion darf sich nicht einselrig nach Erparnis von Arbeitskräften erstrecken, sondern gleichzeitig nach Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, und dazu sind die Herren Bankdirektoren in erster Linie berufen. Sie sind mit dafür verantwortlich, daß die Schöpfung Deutschlands bald wieder Tag und Nacht rauchen, daß es feiernde Hände,

was gleichbedeutend ist mit hungernden Menschen, in Deutschland baldmöglichst nicht mehr gibt.“ Dem ist tatsächlich so, es hängt zum guten Teil von den Bankdirektoren ab, ob Kredit zu neuer Produktion gewährt wird. Besteht aber eine Garantie dafür, daß die Bankdirektoren dieser ungeheuren Verantwortung gerecht werden und, statt den Sonderinteressen der eigenen Bank oder einzelner Gruppen und Personen zu dienen, die Befestigung der Arbeitslosigkeit sich zum Ziel setzen würden? Niemand wird dies behaupten. Die „Kapitalbedürftigkeit“ der deutschen Banken ist schmal, nicht nur, wie der erwähnte Hamburger Bankier schreibt, weil es keine Einleger oder Zuhaber von Bankdepots in Deutschland gibt, sondern auch deshalb, weil sich die Banken in Devisen geflüchtet, sich mit ausländischen Zahlungsmitteln vollgekauft haben. Werden nun die Banken einen Teil dieser Hamsterdepots für die notwendige Neubebauung der Produktion hergeben? Wer wird die spärlichen Anleihen, zu welchem Zweck, zu welchen Bedingungen erheben? Man ist den Banken auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Bei diesen steht es, das Geld für unproduktive Zwecke oder zu unerträglich hohen Zinsen herzugeben, oder aber überhaupt zurückzubehalten. So wird dieser Zustand des Ausgeliefertseins auf der ganzen Linie: der Staat ist der Kassenbank, der Geldbedarf auf dem freien Kapitalmarkt aber der Willkür der Privatbanken ausgeliefert. Das ist das Kreditproblem, worüber wir in dieser furchterlichen Not verjagen.

Das gleiche gilt für andere Länder mit Arbeitslosigkeit, wo diese durch Kreditbeschaffung von Seiten der Zentralbanken aus den bestehenden Mitteln des freien Kapitalmarktes beschaffen oder gemindert werden könnte, wo dies aber nicht erfolgt, sei es infolge einer übertriebenen Angst vor einer, selbst produktiven Zwecken dienenden Inflation oder aber infolge Kapitalstauung vor der Vermögensabgabe, oder weil das Kapital dank der leichten Ausbeutung der Einbehalter in den fernen Kolonien auf größere Erträge rechnet. Das arbeitlose Proletariat ist mitunter auch ein Opfer dieses kapitalistischen Kreditrisikos. Nicht mit Unrecht steht also im Programm der englischen Labour Party als erste Stufe zur Bergeschaffung der Produktion neben der Sozialisierung der Bergwerke die Sozialisierung des Bankwesens. Die gegenwärtige Arbeiterregierung als eine Minderheit im Parlament kann diese Forderung nicht verwirklichen, bei der Behandlung der Arbeitslosenfrage wird sie jedoch nicht in die Frage der Kreditbeschaffung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten heruntersinken. Sehen wir uns nun flüchtig die andere Seite an, die Länder mit bereits (ganz oder teilweise) überwundener Arbeitslosigkeit. Bei diesen werden Mittel gesucht, um eine neue Krise zu verhüten. Die frühere marxistische Kritik hat dies für unmöglich gehalten. Die Konjunktur, indem durch sie die Herstellung von Produktionsmitteln über die Massen gesteigert wird, erzeugt zugleich Produktionsmittel und Verbrauch (unter anderem mitbestimmenden Elementen) eine Unzulänglichkeit (Disproportionalität), welche die Krise herbeiführen muß. Diese Kritik, in der Hauptfrage richtig, vernachlässigt das Kaufkraftmoment, demzufolge vermehrte Kaufkraft einer Krise für lange Zeit vorbeugen beziehungsweise ihren Verlauf mildern kann. Ohne uns aber in die heizig-unstrittene Krisentheorie zu vertiefen, lehrt die Erfahrung, daß sich ein hoher Beschäftigungsgrad der Industrie erzielen läßt, wenn die Preise nicht ständigen Schwankungen unterworfen sind, damit der geregelte Verkauf der Produkte nicht verhindert wird. Dieser Gedanke, die Stabilisierung der Preise als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit wird nun vom Internationalen Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einer in Gemeinshaft mit dem Internationalen Arbeitsamt tätigen Einrichtung, vertreten. Im Auftrage dieses Verbandes ist kürzlich das Buch von J. N. Bellerby, „Kontrolle des Kredits als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit“, erschienen. Nach dem Verfasser kann die Stabilisierung der Preise, wie es schon im Titel seines Buches zum Ausdruck kommt, nur durch die Kontrolle des Kreditwesens, das der Produktion zuzuführende Kaufkraft gewährt oder ihr so daß entzieht, gewährleistet werden. Eine Überkapitalisierung, zum Beispiel übermäßige Investitionen, könnte verhindert, das Anhalten der Preise durch Kreditgewährung, welche den Verbrauchern Mittel zur Verfügung stellt, gesichert, ihr Steigen dagegen durch Einschränkung des Kredits, das heißt der zuzuführenden Kaufkraft, aufgehalten werden. Dem Verfasser zufolge würde hierzu die entsprechende Handhabung der Dis-

politik ausreichen. Wir möchten auf diese Schrift nur hinweisen, um dann zu fragen: wenn die Kreditkontrolle, die uns empfohlen wurde, ein wirkliches Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit darstellt — wie kann sie ausgebaut werden? Soll die Kreditgewährung den einzelnen Banken überlassen werden? Das würde keine „Kreditkontrolle“ sein. Um diese wirksam zu machen, müßte das Kreditwesen von einer Zentrale aus gelenkt werden, nicht in dem Sinne der gegenwärtigen Zentralbanken, deren Disziplin nur die der Verteilung des Geschäftes diente, sondern durch Befolgung einer aktiven Wirtschaftspolitik ausgestattet mit einer vom freien Kapitalmarkt nicht gebundenen Bewegungsfreiheit auch für, wenn nötig, ganz billige Geldbeschaffung, die auch in ihrer Macht liegt. Selbst dies würde aber infolge der internationalen Wanderung der Kapitalien noch nicht ausreichen; internationale Vereinbarungen der Zentralbanken müßten der staatlichen Kreditkontrolle folgen. Dies alles läuft aber auf eine Sozialisierung des Kreditwesens hinaus, wenn man sich nur nicht scheut, die Konsequenzen zu ziehen. Aus diesen Überlegungen soll hervorgehen, welchen Weg eine proletarische Kreditpolitik gehen muß, wenn sie gegen die Arbeitslosigkeit ankämpfen will.

### Lohnunterschieden im Schritzebergereberberber

Auch im Schritzebergereberberber hat scheinbar in letzter Zeit die scharfmergerische Richtung die Oberhand gewonnen, die da taub abweichend von der bisherigen Gepflogenheit, durch Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse mehr zur Sättigung ihrer Profitgier zu erziehen als auf dem Wege der Verständigung. Das bewies bereits die am 25. Januar d. J. auf Wunsch der Unternehmer zusammengetretene Tarifsausschusskommission, in der nicht nur ein Abbau der Löhne um 10 Proz. verlangt wurde, sondern auch eine noch beträchtlichere Reduzierung der Akkordpositionen vorgeschrieben werden sollte. Außerdem verlangten die Unternehmer „zur Hebung der Produktion“, wie das Schlagwort jetzt im allgemeinen lautet, auch eine Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 54 Stunden wöchentlich, trotzdem festgestellt ist, daß sich die Arbeitsleistung in der Stunde seit der Einführung der 48stündigen Arbeitszeit ganz erheblich gesteigert hat.

Daß die Arbeitnehmervertretung diesem Vorhaben nicht beitreten konnte, braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden. Nach verschiednen Sondersitzungen beider Parteien faßten die Unternehmer folgenden Beschluß:

1. Da eine Verständigung über die Neueinstellung der Löhne, Akkordzuschläge und Ortszuschläge nicht erzielt worden ist, erklären die Arbeitgeber, daß sie mit Rücksicht auf die am 19. Januar 1924 erfolgte Kündigung vom 2. Februar 1924 ab die Entlohnung nach folgenden Sähen vornehmen werden:

- a) Mindestlohn in der Spitze, d. h. verheiratete Klasse 10 56 Pf. pro Stunde = 2,88 M. als Wochenlohn.
- b) Staffelung des Spitzenlohns sowie Alters- und Werkstattlohn im gleichen Prozentverhältnis wie bisher.
- c) Wiedereinführung der reinen Akkordarbeit mit der Maßgabe, daß nach der Statistik der Arbeitnehmer für die Zeit vom 1. Oktober 1922 und 31. März 1923 die Akkorddurchschnittsverdienste für die einzelnen Maschinenarten und Arbeitsgänge festgestellt werden. Die Höhe dieser Verdienste werden die Arbeitgeber umgehend bekanntgeben.

Nach diesen Durchschnittsverdiensten werden Akkordzuschläge für jeden Maschinenart bzw. Arbeitsgang in Prozenten festgestellt, hergestellt, daß der Akkorddurchschnittsverdienst für männliche Akkordarbeiter aller Klassen 25 Proz. für weibliche 20 Proz. über den Mindestlohn ihrer Klasse liegt. Mit diesen Prozentzuschlägen, die also für die einzelnen Maschinenarten und Arbeitsgänge verschieden, im übrigen aber für das Reich (mit Ausnahme der Firma Scheller u. Giesecke) gleich sind, werden die Akkordmehrverdienste multipliziert, um auf den auszu zahlenden Gesamtlohn zu kommen.

II. Die Arbeitgeber behalten sich auf Grund der Arbeitszeitverordnung unter Wahrung aller Rechte aus der am 19. Januar 1924 ausgeprochenen Kündigung vor, die Arbeitszeit auf Anordnung der Geschäftsleitung ab

### Gefährliches Liebeswerben.

Von Björnsterne Björnson.

Als Aislaug zur blühenden Jungfrau herangewachsen war, gab es auf Huseby keinen Frieden mehr, denn die stahlharten Burchen des Rätepils rauchten und schlagen sich dort Nacht für Nacht. Am schlimmsten war es immer in der Nacht zum Sonntag. Dann legte sich aber auch der alte Knud Huseby niemals schlafen, ohne seine Lederhosen anzubehalten und einen Miktenüttel vors Bett zu stellen. „Hab ich eine Tochter, dann will ich sie auch hüten“, sagte der Alte von Huseby.

Tore Rästet war nur ein Rättersohn; aber es gab Leute die da sagten, er kenne am häufigsten zu der Hofbesitzerin auf Huseby. Dem alten Knud gefielen solche Reden nicht, und er sagte, sie seien gar nicht wahr, denn er habe Tore niemals dort gesehen. Doch die Leute schmunzelten nur still für sich, wenn sie ihn so hörten, und meinten, wenn er nur alle Winkel gehörig abbesucht hätte, statt mit denen zu zanken, die sich in Hof und Stube lärmend herumdrückten, dann hätte er den Tore schon gefunden.

Der Frühling kam, und Aislaug zog mit dem Vieh auf die Alm. Wenn dann der Tag drückend heiß über dem Tale lag, der Felsrauh fühlte über den Sonnendampf emporschießen, die Kuhglocken klännen, der Herdenhund bellte und Aislaug oben auf den Höhen jodelte und auf dem Alphenhies — dann ergriß die Burchen bei ihrer Arbeit unten im Tale des Herzes. Und wenn der Samstagabend kam, machte sich einer immer schneller als der andere auf den Weg nach der Alm. Doch noch schneller kamen sie wieder zurück, denn oben auf der Alm stand einer hinter der Tür, der empfangen, der a-kam, und wirbelte ihn so herum, daß er sein Lebtage der Wore gedachte, die er dabei vernommen! „Nimm nächstens wieder, dann sollst du mich be-

So viel man wußte, gab es im ganzen Rätepils nur einen, der eine so kräftige Faust hatte, und dieser eine war eben Tore Rästet. Und alle die reichen Hofbesitzerhöfne waren der Meinung, es wäre doch zu dum, wenn der Rättersohn dort oben auf der Huseby-Alm so arg stoßen dürfte.

Derselben Ansicht war auch der alte Knud, als er davon hörte, und er meinte nun, falls kein anderer den Post an den Eric legen könne, so wolle er mit seinen Söhnen es versuchen. Knud war nun keiner von den jüngsten mehr; aber obwohl er bereits stark auf die Sechzig ging, machte er doch noch gern einen oder zwei Gänge mit seinem ältesten Sohne, wenns ihm einmal bei einem Gelage gar zu still herging.

Zur Huseby-Alm hinauf führte ein einziger Weg, und der ging gerade mitten durch den Hof. Als Tore am nächsten Samstagabend auf dem Wege zur Alm sich erst leise über den Hof nach und dann an der Scheune rascher zu laufen begann, packte ihn plötzlich jemand an der Brust. „Was willst du von mir?“ fragte Tore und schludernde den Angreifer zu Boden, daß ihm der Schädel brummete. „Das sollst du gleich sehen“, sagte ein anderer hinter ihm, der Bruder des ersten, und versetzte ihm einen Schlag in den Nacken.

„Hier kommt der dritte“, sagte Knud und rückte ihn scharf auf den Weis.

Tores Kraft wuchs in der Gefahr; er war so geschmeidig wie eine Weidengete und schlug zu, daß die Funken stoben; er drehte und wandt sich und war niemals dort, wo ihre Schärfe hinfallen, während sie die seinen dahin bekamen, wo sie es am wenigsten erwarteten. Erschleßlich wurde er doch durchsprügel und zwar ganz gehörig, der alte Knud aber sagte oft, mit einem schämigeren Burchen habe er sich noch nie begabt. Sie schlügen zu, bis Blut stieß, dann aber rief der von Huseby: „halt!“ und sagte zu Tore: „Bringt du's fertig, am nächsten Samstagabend

dem Huseby-Wolf und seinen Jungen zu entschöpfen, so sollst du das Mädchen haben!“

Tore schleppte sich heim, so gut er konnte, und als er zu Hause angefangen war, legte er sich ins Bett. Es gab ein großes Gerede von der Prügelei auf Huseby, doch jedermann sagte: „Was wollte der Tore auch da?“

Nur eine war es, die das nicht sagte, und das war Aislaug. Sie hatte an jenem Samstagabend so lange auf ihn gewartet, und als sie ihn vernahm, wie sich die Sache zwischen ihm und dem Vater zugetragen, setzte sie sich hin und weinte. Bei sich aber dachte sie: „Bekomm ich den Tore nicht, so gibt's für mich keinen frohen Tag mehr hier auf dieser Welt.“

Tore blieb den Sonntag über im Bett, und auch am Montag fühlte er, daß er liegen bleiben wolle. Der Dienstag kam es war ein herrlicher Tag. Es hatte in der Nacht geregnet, das Gebirge war so frisch und grün, der Duft des Laubes drang durch offene Fenster, die Kuhglocken stangen hell von den Bergen herab, und dort jodelte jemand; — wäre die Mutter nicht im Zimmer gewesen, Tore hätte vor Ungeduld weinen mögen.

Der Mittwoch kam, und noch immer lag er fest; am Donnerstag aber denach er sich mit einiger Verwunderung zu fragen, ob er nicht doch am Ende bis zum Sonnabend wieder munter sein könnte, und am Freitag war er auf. Er hatte sich die Worte des alten Knud wohl demerkt: „Bringt du's fertig, am nächsten Samstagabend dem Huseby-Wolf und seinen Jungen zu entschöpfen, so sollst du das Mädchen haben.“

Immer wieder sah er nach Huseby hinüber. „Wohr als Schläge kann's ja ich selbst nicht geben“, dachte Tore.

Zur Huseby-Alm führte, wie schon gesagt, nur ein einziger Weg; aber ein solcher Kerl konnte schließlich auf hinaufkommen, ohne daß er den geraden Weg ging. Wenn Tore hinausdrüerte, um die Sandjunge bog und dann auf



Nach die einschlägigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind als Arbeiter zu gelten und haben als Mensch zu gelten.

**Sauerbrey.** In der sehr gut besuchten Generalsversammlung am 7. Februar gab Herr Sauerbrey zunächst den Geschäftsbericht über das verfließene Geschäftsjahr. Er gab einen kurzen Rückblick über die Schwierigkeiten der Lohnbewegung, die bis zum Jahresende in immer kürzeren Rhythmen eintreten mußten, um bei dem Währungsverfall die Erhaltungsmöglichkeit des Hilfspersonals zu sichern. Eine wichtige Aufgabe ist die Verfassung und aller Vertrauenspersonen in vielen Schritten und Versammlungen vorzunehmen, um den Anforderungen gerecht zu werden, die der momentanen Lage der Verhältnisse mit sich brachte. Den Mitgliedern gab Herr Sauerbrey einen Überblick über die Verhältnisse, die die Inflationszeit in den Haupt- und Ortsvereinen angeht und wies auf die anderen Verhältnisse hin, die die Inflationszeit in den Haupt- und Ortsvereinen angeht und wies auf die anderen Verhältnisse hin, die die Inflationszeit in den Haupt- und Ortsvereinen angeht...

Die meiste Besserung nach der Defizitwirtschaft der letzten Monate werden auch der wieder vorhandenen Kassen und dem Wohlstand seiner finanziellen Position. In den kommenden Kämpfen durch eine gute finanzielle Lage der Angestellten und dem Machtgefühl der Gewerkschaften im Hinblick auf die Defizitwirtschaft der letzten Monate werden auch der wieder vorhandenen Kassen und dem Wohlstand seiner finanziellen Position. In den kommenden Kämpfen durch eine gute finanzielle Lage der Angestellten und dem Machtgefühl der Gewerkschaften im Hinblick auf die Defizitwirtschaft der letzten Monate werden auch der wieder vorhandenen Kassen und dem Wohlstand seiner finanziellen Position...

Dem Kassierer wurde auf Verlangen der Revisoren die Rechnung etc. etc. In den Vorstand wurden gewählt: Frau Weder, Frau Eberhart, Frau Emma, ferner die Kollegen: Dierksen, Cypers, Künze, Müller, Spatzki, Wambacher und W. etc.

Den dritten Punkt der Tagesordnung: „Das geplante Attentat der Arbeiter auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter“, behandelte Herr Sauerbrey die verschiedenen Ausführenden. Die Verhältnisse der Lohnbewegung der Hilfsarbeiter, die die Arbeiter auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter, die die Arbeiter auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter, die die Arbeiter auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter...

Die in der Gewerkschaftshaus tagende stark besuchte Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen von Hannover erhielt schärfsten Protest gegen die ungeheure Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in den letzten der Prinzipale zutage treten. Die Durchführung dieser Anträge würde die Existenzmöglichkeit des Hilfspersonals vollständig zugrunde richten und jeden kulturellen Aufstieg verhindern. Die Herabsetzung des Lohnes im Sinne der Arbeiter würde jegliche Arbeitseinstellung ersticken und auch der Anlaß zu fortwährenden Volkskämpfen sein. Die Versammlung hob das Vertrauen zu den Verbandsvertretern, daß sie mit allem Nachdruck den Standpunkt der Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten und abgeben, in fester Disziplin allen Anweisungen der Verbandsleitung nachzukommen, um den Schluß der Prinzipale abzuwehren durch eine einig, festgelegte Organisation.

### Rundschau.

Der Reichshilfsarbeiterrat für das Buchdruckgewerbe wird am 12. Februar ein Schlichtergericht im Reichsarbeitsministerium beschließen. Ob an diesem Tage ein Entscheid gefällt wird oder es zu einer Verständigung mit den Unternehmern kommt, ist noch ungewiß. Zergewöhnlich endgültiges Resultat wird jedoch noch in dieser Woche zu erwarten sein.

### Es ist Zeit

Das Postamtament für den Bezug der „Solidarität“ zu erlangen. Räume daher niemand, bei der Post oder beim Briefträger die Weiterleitung der Verbandszeitung zu beantragen. Der Bezug preis von 30 Pfennigen ohne die Postgebühr ist bereitzubehalten. Noch haben lange nicht alle Kollegen und Kolleginnen, die in Arbeit stehen, die „Solidarität“ abonniert. Das muß unbedingt geschehen. Jeder werbe in Mitgliederkreisen für neue Bedarf, damit wir unser Kampforgan erhalten können. Bei der Bestellung bediene man sich des abhängenden Bestellzettels, der auszufüllen der Post oder dem Briefträger zu übergeben ist. Für die alten Bezahler wird das nicht nötig sein, wenn sie rechtzeitig beim Briefträger den Bezugspreis für März bezahlen.

### Bestellchein.

Ich bestelle zum monatlichen Bezugspreis von 30 Geldspennigen  
Expl. „Solidarität“  
Adresse  
Name:  
Wohnort:  
Straße und Hausnummer:

da das jetzt bestehende Provisorium auch die Unternehmer nicht befriedigt. Am 15. Februar wird dann in Berlin ein Gaudererberichterstattung über den Ergebnisstellung nehmen. Außerdem werden noch andere wichtige organisatorische und gewerbliche Angelegenheiten die Gauderer beschäftigen, so daß mit einer mindestens zehntägigen Dauer der Konferenz zu rechnen ist. Ebenfalls über diese Beratungen der verantwortlichen Funktionäre des Verbandes soll in der nächsten Nummer der „Solidarität“ berichtet werden.

Der Verbandsbeitrag im Verbands der Lithographen und Steinbrucker hat am 2. und 3. Februar in Berlin die Maßnahmen des Verbandes in bezug auf die Erledigung wichtiger organisatorischer Fragen gebilligt. Die getroffenen Resolutions im besetzten Gebiet, seine Haltung zum Graphischen Bund fanden die Zustimmung dieser Körperschaften, die gleichbedeutend mit unserer Gaudererberichterstattung ist. Beschlüsse wurden: daß die „Graphische Presse“ ab 1. April wieder wöchentlich allerdings im Abonnement erscheinen soll. Der Vorstand wurde ermächtigt, nach Aufhebung des Ertragsbeitrages am 2. März den Verbandsbeitrag auf vierter Grundstufe festzusetzen. Verlangt wurde vom Bund, daß bei den Verhandlungen um höheren Lohn und Arbeitsstunden die Höchstlöhner der tariflichen Arbeitszeit auf acht Stunden täglich festgelegt wird. Notwendige Nebenleistungen dieser Arbeitszeit dürfen nur vorübergehend sein und durch tariflich bezahlte Überstunden abgegolten werden. Ein weiteres Abkommen muß zeitlich begrenzt sein und eine Verbesserung des jetzigen Lohnes enthalten. Von den Mitgliedern wird Treue zum Verband und seine moralische und in anderer Richtung verlangt.

Ein Sonderabkommen für Köln ist in einer Verhandlung zwischen den Parteiparteien im Buchdruckgewerbe am 7. Februar zustande gekommen. Als Spitzenlohn wurden 32 Millionen Mark vereinbart. Demnach beträgt der Wochenlohn für verheiratete über 24 Jahre alte Hilfsarbeiter 7,50 M., für Unverheiratete über 21 Jahre 7,28 M. und für Hilfsarbeiterinnen derselben Altersstufe 14,40 M. Die Abmachungen haben ab 2. Februar Gültigkeit.

Die Reaktion auf sozialistisches Gebiet ist noch immer im Zunehmen. Verlangung der Arbeitszeit wird in allen Industriezweigen und Gewerben eifrigsten und unbefähigsten mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gefordert und auch zum Teil erreicht. Auch die Arbeitszeit der Eisenbahner wurde verlängert. Der Deutsche Eisenbahnerverband wollte eine Urabstimmung bei seinen Mitgliedern durchführen. In Bayern hat Herr v. Kahr, in Sachsen General Müller die Urabstimmung verboten und die Gewerkschaftsführer verhaftet. Der Kampf der Unternehmer gegen die Tarifverträge dauert weiter an. Der Finanzminister empfahl bekanntlich dem Arbeitsminister, den Schlichtungsausschüssen Weisung zu geben, damit die für die Arbeiter der Privatindustrie nicht höhere Bezüge beschließen als sie die Staatsbeamten haben. Die Unionsverbände sind natürlich gern bereit, noch geringere Bezüge zu zahlen, als es die Lage der Industrie erlauben würde. Die Arbeitslosenverfügungen sind so geringfügig (im Durchschnitt 55 bis 70 Pf. für einen Arbeiter mit Familie), daß ihre Erhöhung in Aussicht gestellt werden mußte. Dafür müssen aber die Unterfüßigen 24 Arbeitsstunden in der Woche Notstandsarbeiten verrichten. Es ist jedoch der unterernährte, verhungerte Erwerbslose der gefordert in schweren physischen Arbeit gar nicht gewöhnt!

Die Arbeitslosigkeit im Dezember 1923 hat wieweil, wenn auch nicht im gleichen Maße wie bisher, zugenommen. Eine geringe Zunahme von Stellenangeboten wurde nicht allein durch das Weihnacht- und Neujahrsfest bedingt, auch aus wichtigen Industriegebieten wurde vermehrte Einstellung von Arbeitskräften gemeldet. Bei den Krankenkassen fiel die Zahl der versicherungspflichtigen, d. h. in Arbeit stehenden Mitglieder um 3,1 Proz. Im Vermonat waren es 4,0 Proz. Bei den Gewerkschaften wurden in 34 bestehenden Verbänden mit zusammen 4,6 Millionen Mitgliedern 1,3 Millionen Arbeitslose gezählt, das sind 28,2 Proz. der Gesamtzahl gegen 23,4 Proz. im Vormonat. Die Kurzarbeit verminderte sich etwas und die Zahl der unterfüßigen Erwerbslosen hat sich nur wenig erhöht. In unfreiem Verbands entfielen auf 100 Mitglieder 23,1 männliche und 20 weibliche Arbeitslose. Die Verzichtserklärung zur Arbeitslosenstatistik ist in unserer Organisation immer noch mangelhaft, sie muß unbedingt besser werden. Nur von 33 000 Mitgliedern sind Meldungen eingegangen.

Eine Besserung der Krise ist in einigen Produktionszweigen eingetreten. So in erster Linie in der Textilindustrie, wo die Spinnereien gut beschaffen sind. Dies wirkt günstig auf die Textilmaschinenfabrikation zurück. Wichtigend ist nur die Knappheit der Baumwollvorräte und die Schwierigkeit der Wiederbeschaffung. Die Gieß- und Lederindustrie, auch die Zement- und Holzindustrie sind besser beschaffen. Unzweifelhaft ist es dagegen in der Eisenindustrie, in erster Linie wegen des Dumping der französischen Schwerindustrie. Monatelang war das Ausland beunruhigt wie nach dem Aufhören des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet die aufgeschwemmten deutschen Eisenpreise den Weltmarkt überfluteten und die Ausfuhr anderer Länder geradezu vernichten würden. Das Gegenteil ist eingetreten. Die französische Schwerindustrie, in Besitz der Reparationsstoffe und -stoffe sowie der beschlagnahmten Rohvorräte, ruht den Sturz des Franken zu einem großen Dumping-Preis aus und unterbietet am Weltmarkt sowohl die deutschen wie die englischen Produkte. Aber auch sonst sind die deutschen Eisen- und Stahlpreise hoch über den schwedischen oder englischen. Die Werkzeugindustrie liegt ganz daneben. Der Rohenerzbergbau, der sich bereits zu erholen begann und unter der Herrschaft der Meum-Verträge ungefähr 60 Proz. der Erzeugung vor der Ruhrbesetzung erreichte, fiel wieder stark zurück. Als Grund wird die ungenügende Wagenzustellung seitens der französischen Regierungen angegeben. Die Folge ist vermehrte Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet und die schärfsten Rückwirkungen auf die kohlenverbrauchenden Industrien. Die Krise dauert an; allerdings ist der Monat Januar für den Verkauf größerer Mengen nicht geeignet. In bezug auf die Kalkonerie und der Reichskalkareit noch zu keiner einmütigen Auffassung durchdrungen.

Eine Volksabstimmung über die Verlängerung der Arbeitszeit in der Schweiz ist am 17. Februar stattgefunden. Im Jahre 1917 konnte die schweizerische Arbeiterklasse, die ein jedes Stück Arbeitskraftverlängerung in zehn jahrzehntelangen Kämpfen erziehen mußte, die Forderung nach dem Achtstundentag durchsetzen. Er wurde gesetzlich festgelegt und

trat am 1. Januar 1920 in Kraft, als Folge des allgemeinen Stimmungswechsels nach dem Kriege. Immerhin hat die Schweiz bereits Ausnahmen gestattet. Neben einer Anzahl Ausnahmen für besondere Zwecke bestimmte das Arbeitsgesetz von 1920, daß für einzelne Industrien, wenn und solange zwingende Gründe es rechtfertigen, insbesondere wenn durch die Anwendung des Achtstundentages die Konkurrenzfähigkeit im Hinblick auf die in anderen Ländern bestehende Arbeitsdauer in Frage gestellt wäre, eine wöchentliche Arbeitsdauer von höchstens 52 Stunden vom Bundesrat aus gegeben werden kann. Von dieser Ausnahme wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Wenn auch die Wirtschaftspolitik langsam überwinden, der deutschen Inflationskurve durch Einfuhrverbote die Spitze genommen wurde, die Arbeitszeitverlängerung auf 52 Stunden wurde immer gewährt, so ist die Unternehmer sich dafür einsetzten. Dies genügt aber nicht. Die reaktionäre Welt machte vor der Schweiz nicht halt. Die Ausnahmen reichten nicht aus und die Bundesversammlung nahm im Juli 1922 die Vorlage des Bundesrats an, derzufolge die Arbeitszeit in Zeiten einer allgemeinen Wirtschaftskrise wöchentlich auf 54 Stunden ausgedehnt werden kann und wenn und solange „wichtige Gründe“ es rechtfertigen, auch ohne eine scharfe Wirtschaftskrise. Zu nächst also eine weitere Verlängerung von 52 auf 54 Stunden, dann aber eine Formel, die die Ausnahme zur Regel, die 54-Stunden-Woche zur dauernden Einrichtung machen würde. „Wichtige Gründe“ kann der Bundesrat wohl jederzeit annehmen, die Wirtschaftskrise ist ebenfalls ein denkbare Begriff, der nach den bisherigen Erfahrungen immer den Unternehmerwünschen entsprechend ausgelegt werden wird. Dieses Gesetz ist aber noch nicht ins Leben getreten. Dant der schweizerischen Verfassung kann ein Bundesgesetz durch Volksabstimmung (Referendum) aufgehoben werden. Die Arbeiterchaft griff zum Referendumbegehren. Ueber 208 000 Unterschriften wurden für die Volksabstimmung erzielt. Der 17. Februar, an dem die Volksabstimmung stattfinden soll, wird eine wichtige Rolle in der Geschichte des Kampfes um den Achtstundentag haben. Gerade jetzt, wo die Reaktion überall gegen den Achtstundentag Sturm läuft, wird die Stellungnahme des Schweizer Volkes von großer Bedeutung sein. Die Zeitungen sprechen dafür, daß die Arbeitszeitverlängerung durch das Volk nicht gut heißen, daß das Gesetz von 1922 abgelehnt werden wird. Die Reaktion wird durch eine großzügige Aufklärungsarbeit, durch Petitionen und Propagandaschriften unterläßt. Eine Broschüre Hermann G. u. C. u. C., des Altschweizerischen Gewerkschaftsbewegung, „Ein Kampf um die Menschlichkeit und eine ausgeglichene Sondernummer der sozialistischen Zeitschrift „Rote Neuze“ gegen die Arbeitszeitverlängerung seien hier besonders hervorzuheben. Das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung wird in diesem Heft von Genossen R. o. s. unter Heranziehung eines sehr wertvollen Materials ausführlich behandelt.

Ein neuer Versuch zur Gründung eines Arbeiterlagers in den Vereinigten Staaten. Auch das neue Arbeiterlagers „New York Leader“, das an Stelle des eingegangenen „Call“ im Spätherbst gegründet wurde, hat sich nicht halten können. Sein Mißlag war nicht gering, doch nicht hoch genug, um die Geschäftsleute zur Aufgabe von Ansetzten zu bewegen. Nun ist ein dritter Versuch im Gange; vom 13. Januar ab soll ein neues Lagersblatt, „Daily Worker“, herausgegeben werden, das nimmere in Chicago erscheinen und das Organ der vereinigten Farmer- und Arbeiterpartei sein soll (Farmer and Labour Party). Diese Partei bekämpft die konservative Richtung der Amerikanischen Gewerkschaftsbundes unter Samuel Gompers und ist in ihren Bestrebungen viel radikaler gerichtet.

### Abrechnungen.

In der Woche vom 4. bis 9. Februar gingen folgende Zahlungen bei der Hauptkasse ein:

- Gau 1: Minden 26 Mt.
  - Gau 2: Frankfurt a. M. 592 Mt.
  - Gau 4: Freising 8,80, Reichenhall 20 Mt.
  - Gau 5: Ebersbach 6 Mt.
  - Gau 6: Eßlen 15 Mt.
  - Gau 7: Cottbus 7, Potsdam 25 Mt.
  - Gau 8a: Magdeburg 50 Mt.
  - Gau 9: Osnabrück 15 Mt.
  - Gau 10: Lützen 22, Rostock 16,35 Mt.
  - Gau Leipzig: 1260,45 Mt.
  - Gau Berlin: 3000 Mt.
- Berlin, 9. Februar 1924. S. Lohdahl.

Am 18. Januar starb plötzlich und unerwartet unser treuer Kollege, der Marktschreier  
**Heinrich Schlittig**  
(i. Fa. Bibliographisches Institut) im Alter von 60 J.  
Am 21. Januar starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege und früherer Vertrauensmann, der Steinsetzer  
**Gustav Fellmann**  
(i. Fa. Bibliographisches Institut) im Alter von 58 J.  
Am 27. Januar starb unser langjähriges Mitglied und früherer Funktionär, der Wagenwäher  
**Louis Schladitz**  
(i. Fa. Weiser & Buch) im 62. Lebensjahre nach langer Krankheit. Für alle seine Dienste, die er der Organisation geleistet hat, werden wir ihm seiner immer gedenken. Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen  
**Die Zahlstelle Leipzig.**  
Am 6. Februar starb unsere liebe Kollegin, die Anzeigerin  
**Frau Margarete Gehl**  
(i. Fa. König & Ebhardt) im Alter von 46 Jahren. Ruhe in Frieden! Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Hannover.**  
Verantwortlich für Redaktion: R. Schuler, Charlottenburg, Weichselstraße 18. Herausgeber: Am. Lohdahl, Berlin, S. Lohdahl, Charlottenburg. Verlag Ausgabe II für Groß-Berlin: M. Wittenburg, Berlin. — Druck: Bornstedt-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 62.